

Das Wort den Parteien-erschieden im GrenzEcho am Freitag, 04.09.2015

Solidaritätsbekundungen?

Ein Grund für die dramatisch anschwellende Flüchtlingsmenge ist die durch wirtschaftliche Ausbeutung erzeugte Armut in diesen Ländern. So z.B. durch Freihandelsabkommen. Nur wenige DG-Bürger wissen, dass die Freihandelsabkommen der EU mit vielen afrikanischen und asiatischen Ländern, welche mit für die schlechte Wirtschaftliche Lage dort verantwortlich sind, auch im PDG abgestimmt werden. Seit 2004 wurden mehrere solcher Verträge mit Stimmen der Mehrheit und einem Großteil der Opposition gutgeheißen. Lediglich Vivant hat alle Verträge abgelehnt. Was sollen wir vor diesem Hintergrund von den jetzt geplanten Solidaritätsbekundungen halten? Wo war die Solidarität der ostbelgischen Politiker denn bei der Abstimmung im Parlament? Die Regierung hat dem Parlament die Zustimmung zu diesen Ausbeutungsverträgen immer empfohlen! Anstatt heuchlerische Solidaritätsbekundungen für die eigene Profilierung zu missbrauchen, sollten die hiesigen Politiker endlich den Mut aufbringen, die wirklichen Ursachen offen anzusprechen. Und alles in ihrer Macht stehende tun, um dabei zu helfen, diese Machenschaften zu beenden. Ein Nein zu den Freihandelsabkommen aus Eupen heißt ein Nein für Belgien, und würde eine landesweite, ja europaweite Diskussion entfachen. Solange die EU weiter eine Außenpolitik u.a. in Afrika im Stil einer Kolonialmacht betreibt, bezeichnen wir diese EU-Asylpolitik als gescheitert. Kurzfristig muss den Menschen, die Europa erreichen, geholfen werden. Sie sollen gleichermaßen von allen europäischen Staaten aufgenommen und versorgt werden. Sie brauchen Verpflegung und ein Dach über dem Kopf. Wie mittel- und langfristig tragbare Lösungen zu finden sind, werden wir in einem späteren Beitrag thematisieren. Dass dies alles nicht unproblematisch ist, darf nicht verschwiegen werden. Wir treten ein für eine offene und kritische Auseinandersetzung mit den Problemen, die da auf uns zukommen. Kritische Stimmen müssen gehört werden. Viele Ängste in der einheimischen Bevölkerung sind berechtigt und sollten ernst genommen werden. Es darf kein Tabu geben. Es kann einfach nicht sein, dass jede Kritik an der Flüchtlingspolitik als Rechtsradikalismus abgestempelt wird. Es reicht in unseren Augen nicht aus, vor Ort zu gehen, und Hände zu schütteln. Sondern Solidarität heißt auch da den Hebel anzusetzen, wo die DG weitere Möglichkeiten hat, z.B. bei der Abstimmung zu Freihandelsabkommen.

Alain Mertes und Michael Balter